

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

84 (21.9.1946)



# Weg der Vernunft

Von Walter Schwerdtfeger

Politik bedarf des Verstandes, aber sie soll vernunftbetrieben werden. Weil die Politik der Vernunft oft der Vernunft entgegensteht, ist es notwendig, daß die Vernunft sich gegen die Vernunft zu erheben und damit Vernunft zu schaffen, die nicht nur beschränkt und kurzfristige, sondern weite und langwirkende Vernunft ist.

In Zeiten politischer Vernunft (sie sind selten gewesen) mag der Verstand der vernünftigen Vernunft die Dinge eine zeitlang in vernünftigem Gleichgewicht zu halten. Nur in dieser Vernunftzeit ist die Vernunft stärker als die Vernunft, die Vernunft ist mehr bedarf es der Vernunft, die Vernunft wieder herzustellen.

Die Wurzeln der Vernunft schwanken kaum je stärker auf und ab als heutzutage. Politik der Vernunft tut mehr denn je. Nichts schlimmeres als Vernunft ist über die Vernunft, die Vernunft ist mehr bedarf es der Vernunft, die Vernunft wieder herzustellen.

Es ist dieser Tage viel geschrieben, was an den politischen Sinn und an die politische Vernunft appelliert. Die Pariser Konferenz hat viele scharfe Aussagen und mandatierte Fortschritt gebracht. Die schwerste Arbeit aber ist die Vernunft, die Vernunft wieder herzustellen.

James F. Byrnes kürzlich Stuttgarter Rede brachte die Stimme der Vernunft der Welt vernünftig zu Gehör. Wie wird die Vernunft, die Vernunft wieder herzustellen.

# Churchill fordert „Vereinigte Staaten von Europa“

Eine Rede des ehemaligen britischen Premiers in Zürich — Gerechtigkeit und Freiheit der Weg der Zukunft — Für Partnerschaft Deutschland-Frankreich

Zürich, 20. Sept. (dona) „Ich möchte heute zu Ihnen über die Tragödie Europas sprechen“, begann Churchill am Donnerstag seine Rede über europäische Fragen, die er zum Abschluß seiner Ferienaufenthaltes in der Schweiz in der Zürcher Universität hielt.

Dieser alte Kontinent“, fuhr der ehemalige britische Ministerpräsident fort, „sitzt sich im großen und ganzen aus den schönsten und kultiviertesten Gebieten der Erde zusammen, die sich eines gemäßigten Klimas erfreuen. Wenn es einmal ein Europa gäbe, in dem alle an dem gemeinsamen Erbe teilhaben könnten, dann könnten sich seine drei- oder vierhundert Millionen Einwohner ein grenzenloses Glück, Wohlstandes und Ruhmes erfreuen.

Einige der kleineren Nationen haben sich bereits erholt, aber in weiten Gebieten leben Massen hungerig, hungriger und verstörter Menschen in den Ruinen ihrer Städte und Häuser und blicken zum dunklen Horizont, ob sich nicht wieder irgendeine Art neue Tyrannei oder neuen Terrors ereignet.

Unter den Siezern wird ein babylonisches Stimmengewirr laut, bei dem Besiegten herrscht das finstere Schweigen der Verzweiflung.

Indessen gibt es ein Heilmittel, das würde es nur allgemein und spontan von den großen Völkern in vielen Ländern angenommen, alles was durch ein Wunder verändert und in weiten Gebieten der Erde wieder zum Leben erweckt werden würde, wie es die Schweiz heute ist.

Wir müssen eine Art Vereinigter Staaten von Europa schaffen. Nur auf diese Weise werden Hunderte von Millionen wieder zu den einfachsten Leben lebenswert machen. Ich habe mich sehr freute, als ich vor einigen Tagen in den Zeitungen las, daß mein Freund Präsident Truman seinem Interesse für diesen Plan und seiner Sympathie dafür Ausdruck gegeben hatte.

Es gibt keinen Grund, warum eine regionale Organisation Europa in irgendeiner Weise mit der Weltorganisation der Ver. Nationen in Konflikt geraten könnte. Ich glaube im Gegenteil, daß eine weiter gespannte Synthese eher Bestand haben wird, wenn sie sich auf den Völkern und aufbauen, aus denen sie sich zusammensetzen.

Die Schuldigen müssen bestraft werden, die Schuld muß aller Machtmittel entkleidet werden, die es in die Lage versetzen könnten, erneut zu rüsten und einen neuen Angriffskrieg zu entfesseln. Wenn jedoch alles dies getan ist, dann muß die Verbindung beendete sein. Wir alle müssen die Schrecken der Vergangenheit hinter uns lassen und in die Zukunft sehen. Brauchen wir denn weitere Leiden? Soll die einzige Lehre aus der Geschichte die sein, daß die Menschheit unbeherrschbar ist? Wir sollten Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Freiheit walten lassen.

Ich werde jetzt etwas sagen, worüber Sie erstaunt sein werden: Der erste Schritt zur Neugestaltung der europäischen Familie muß in einer Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland bestehen. Nur auf diese Weise kann Frankreich die moralische und kulturelle Führung Europas wieder gewinnen.

Die Struktur der Ver. Staaten von Europa wird so sein, daß sie die materielle Stärke eines einzelnen Staates weniger hervortreten läßt. Den kleinen Nationen wird das gleiche Gewicht zukommen wie den großen.

Der erste praktische Schritt zur Schaffung der Ver. Staaten von Europa wird die Bildung eines Rates für Europa sein. Frankreich und Deutschland müssen bei dieser dringenden Aufgabe die Führung übernehmen. Die britische Völkerfamilie, die mächtige Amerika und die Sowjetunion müssen diese neuen Europa sein und sich für dessen Lebensrecht einsetzen. Dann wäre in der Tat alles gut. Deshalb sage ich: Laßt Europa entstehen.

Ich muß jedoch eine Warnung aussprechen: Vielleicht ist die Zeit nur kurz. Ausenblicklich befinden wir uns in einer Atempause. Der Kampf ist beendet, damit sind aber noch nicht alle Gefahren vorüber. Wenn wir die Ver. Staaten von Europa schaffen wollen, müssen wir jetzt damit beginnen.

Die Atombombe befindet sich bei jetzt noch allein in den Händen einer Nation, die sie, das ist es, wir niemals anwenden wird, es sei denn für die Bäder von Reich und Freiheit. Es ist aber nur möglich, daß dieses fürchterliche Zerstörungsmittel in wenigen Jahren weiter verbreitet sein wird. Die Katastrophe, die sich aus der Verwendung der Atombombe durch mehrere kriegsführende Nationen ereignete, würde nicht nur das Leben der Nationen zerstören, sondern müßigerweise den ganzen Erdball zerstören.

## Die Welt zur Churchill-Rede

London, 20. Sept. (dona) Die Zürcher Rede des ehemaligen britischen Premierministers Churchill löste in der ganzen Welt, besonders in England, Frankreich und den Ver. Staaten, teils zustimmendes, teils ablehnendes Echo aus.

Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel, Churchill fürchte sich nicht, die Welt mit neuen und außergewöhnlichen Vorschlägen in Erstaunen zu versetzen. Selbst im westlichen Europa gibt es wenig Grund zu der Annahme, daß die soviel besprochenen und soviel ersehnte Einheit auf dem Wege ist. Im östlichen Europa entwickelt sich eine Einheit anderer Art, der offensichtlich der Rest des Kontinents, wäre er jemals vor die Wahl gestellt, nicht bereit wäre, zuzustimmen.

Die „Daily Mail“ schreibt zur Churchill-Rede: „Europa braucht einen neuen Ansporn, eine neue Inspiration, wenn es nicht in ein Chaos zerfallen soll. Eines ist sicher, wenn die Völker Europas sich nicht vereinen, wird Europa nicht weiter bestehen.“

Der „Manchester Guardian“ stellt fest, daß der Rat, den Churchill Europa ab, vernünftig gewesen sei. Die Vereinigten Staaten von Europa, errichtet auf gegenseitigem französisch-deutschem Vertrauen, wären für die politische Organisation der Welt von unschätzbarem Werte. Aber ist Europa gewillt, diesen Rat zu folgen? Und wenn es gewillt ist, würden die Großmächte, die zur Zeit Europas Geschick von außen kontrollieren, ihm erlauben, den Rat anzunehmen? Dies sind schwierige Fragen, die Churchill leider nicht zu beantworten versuchte.“

Paris, 20. Sept. (dona-Rede) Die französische kommunistische Zeitung „Humanité“ brachte am Freitag die heftige Reaktion aller linksgerichteten Gruppen gegenüber der Rede, die Churchill am Donnerstag in Zürich gehalten hat, zum Ausdruck. Die gemäßigten und die konservative Presse stand im Zeichen von Skeis und soz. verhaltener Feindseligkeit.

„Der alte Fuchs weiß, was er tut“, schreibt die „Humanité“. Er versucht die öffentliche Meinung durch vage Allgemeinplätze, welche die graue Wirklichkeit verdecken. Wenn Churchill, so fährt das Blatt fort, jenseits zu einem Akt des Verzessens gegenüber Deutschland aufzufordern, akzeptiert er die Antäntizität unseres Volkes, aber er scheint zu vergessen, daß das französische Volk sich verzeihen müht und arbeitet, weil Großbritannien sich weigert, ihm deutsche Kohle zu verschaffen.“

# Das freie Wort

Aus einer Reihe von Zuschriften, die sich um das Thema „Beamte und Publikums“ drehen, greifen wir die nachstehenden heraus: W. Maeyer, Karlsruhe, Jollystraße 5, schreibt: „Bei einer Fahrkartenkarte durch die Bahn, die im Besitz von Kriegesangehörigen war, wie sie von der Reichsbahn gegen Verweigerung der Entlassungsdienste ausgetauscht wurde, wurde die Karte durch die Bahn zurückgegeben. Der Beamte verlangte aber auch die Entlassungsdienstkarte selbst, und als die beiden diese nicht zeigen konnten, nahm er ihnen kurzerhand die Fahrkarten ab, worauf die Rückkehrer, die deutlich als entlassene Kriegesangehörige zu erkennen waren, sich gezwungen sahen, neue Karten zu kaufen. Ich frage nun, wie viele Entlassene unserer Kriegesangehörigen durch den Überfremden Beamten so behandelt werden?“ Frau R. Ruppel, Karlsruhe, Busenstr. 9, schreibt: „Mit Recht wird die Bahn Behörden und Beamten verlangt, daß sie ein Publikum anständig behandeln. Der Beamte der Mühlhausleiste, der kürzlich hier in Karlsruhe in der Wohnung des Beamten von dieser Forderung nicht Notiz genommen zu haben, den er schlug einen unqualifizierten Ton an, der jeden Menschen mit Ehreftüßigen müßte, Derlei Entlassenen müßten auch Interesse der Beamenschaft selbst von maßvoller Seite entgegen zu werden.“ Herr G. Lutz, Karlsruhe, Söfstr. 146, schreibt: „Bei den Zufahrtsstraßen nach dem Strandbad Lenau liegen sehen, um Radfahrer, die zu zweifeln auf ihrem Verkehr sehen, anzuhalten und aufzuhalten. Ich frage ist das möglich, so doch nach den Brückenbeschränkungen im vorigen Jahr, als fast zeitlicher Fahrzeugverkehr auf diesen Straßen aufgehört hat und durch die Radfahrer die Verkehrssicherheit in keiner Weise gefährdet wurde.“ A. Maier, Karlsruhe, Hilbstr. 22, schreibt: „Das ärgerliche, oft mit peinlichen Anschuldigungen verbundene Ansehen vor den Bezirksstellen auf dem Wirtschaftsamt müßte überflüssig gemacht werden können, wenn besser zu organisieren verständlich, dann braucht es nicht Notiz genommen werden, wenn es nicht auf keine Weise der mehr auszuhalten mit der Beamenschaft. Heute keine Sprechstunde“ oder „Heute Sitzung“ wäre es im übrigen nicht besser, die Anträge auf Bezugscheine auf den Polizeirevier der Wohnstättenbehörde zu stellen, die dort prüft werden kann wie auf den Bezirksstellen.“

## Freier Austausch von Zeitungen

Berlin, 20. Sept. (dona) General Robert A. Mc Clure, der Leiter der Informationskontrolle der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, hat bekannt, daß die französischen Besatzungsbehörden seinen Vorschlag vom 27. August über einen freien Austausch von deutschen Zeitungen, Zeitungen der Besatzungszone, ein Austausch zwischen den einzelnen Zonen angenommen haben.

## Polnische Beschwerde über Berliner Zeitungen

Berlin, 20. Sept. (dona) Drei im britischen Sektor Berlins erscheinende Zeitungen, der „Telegraph“, der „Sozialdemokrat“ und das „Standard“, wurden in einer Note der polnischen Militärregierung an den alliierten Kontrollrat, die Belästigung Polens und des Versuchs, Zwietracht unter die Alliierten zu säen, beschuldigt.

## Wohnungszählung in US-Zone geplant

Wiesbaden, 20. Sept. (dona) Eine Delegation, welche sich aus zwölf Vertretern der amerikanischen Militärregierungen und der deutschen Behörden der drei Länder der amerikanischen Besatzungszone zusammensetzt, kam am Mittwoch in Wiesbaden zusammen. Die polnische Militärregierung forderte den Kontrollrat auf, die Wiederholung von Angriffen gegen einen alliierten Staat, wie durch die Weiderrabe der bewußten Rede erfolgt seien, unzulässig zu machen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

## Appell McNareys an die Verschleppten

Berlin, 20. Sept. (dona) General Joseph T. McNarey, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, appellierte an die 400 000 in der US-Zone lebenden nichtdeutschen verschleppten Personen, sich in Anbetracht der schwierigen Auswanderungsmöglichkeiten die Rückkehr in ihre Heimatländer noch einmal gründlich zu überlegen, zumal es für die Ver. Staaten offenbar unmöglich sei, die Sammelstellen und Lager für unbegrenzte Zeit aufrecht zu erhalten. Eine Auswanderung nach den Ländern der westlichen Hemisphäre sei durch die dort bestehenden Quoten auf bestimmte Quoten begrenzt, und ihre Erhöhung sei sehr ungewiß, sagte der General.

## Verfassungsparlament

Fortsetzung von Seite 1

Die grundsätzliche Aufbau der Justizverwaltung. Abgeordneter Veit (SPD) bezeichnet die Justiz als eine wesentliche Frage des Staatswohls. Die Wahl der Richter sei in der Demokratie unklar, da Demokratie die Unabhängigkeit des Richterstandes voraussetze. Wer für sich das Recht der Unabhängigkeit in Anspruch nehmen, müsse sich die Kontrolle gefallen lassen, wie die anderen Zweige des Staates auch. Die Justiz müsse ebenso geschützt werden wie das Volk vor ihr. Schon jetzt zeige die Justiz sich wieder lässig beim Schutz verdienter Personen, deren Verleumdung nur in denen Strafen gehandelt würde. Es müsse bei der ursprünglichen Fassung des Artikels 86 bleiben.

Abgeordneter Dr. Walter (CDU) bezieht einen Antrag, wonach Richter, die vorsätzlich oder fahrlässig ihre Pflicht, das Recht zu finden, verletzt oder gegen den Geist der Verfassung verstoßen haben, vor den Dienstrichter gezogen werden können, wenn dies zum Schutz der Verfassung oder ihres Geistes gegen mißbräuchliche Verwendung der richterlichen Gewalt erforderlich erscheine. Das Vertrauen in die Rechtsprechung sei durch den Nationalsozialismus stark erschüttert worden, da im 3. Reich die Unabhängigkeit des Richters nahezu aufgehoben gewesen sei. Der neue Staat müsse den Richter die unabhängige Stellung wieder geben. Die Formulierungen des Artikels 86 seien zu allgemein, da sie eine gewisse Rechtsunsicherheit herbeiführten.

Abgeordneter Heurich (CDU) wendet sich gegen die heute stark in Erscheinung tretende Denunziation und Verleumdungen führender politischer Männer. Die Justiz arbeite zu langsam und zu langsam in manchen Fällen fahrlässig. Die Parteien hätten die Pflicht, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Der Redner wendet sich gegen die kommunistische Zeitungsetzungen gegen führende Männer anderer Parteien und bezeichnet sie als Totengräberarbeit an der neuen Demokratie.

Abgeordneter Hausmann (DVP) erklärt, daß das Vertrauen des Volkes in die Rechtsprechung schon vor 1933 wesentlich erschüttert worden sei und lehnt den Antrag der CDU ab.

Abgeordneter Stark (KPD) mahnt zur größten Vorsicht der Justiz gegenüber und erinnert an die Behandlung Erzherrgers und Rathausen durch die Weimarer Justiz.

Justizminister Beyerle bezeichnet die Unabhängigkeit der Gerichte als demokratisches Gebot. Die Voraussetzung der Unabhängigkeit sei die Unabhängigkeit der Richter. Die Justiz unterliege einer starken Kontrolle seitens der Öffentlichkeit und der Presse. Die üblichen Erfahrungen der Vergangenheit bereiten Sorge für die Zukunft, aber man dürfe nicht zu weit gehen. Die Bestimmung im Artikel 86, wonach Richter, die vorsätzlich oder fahrlässig ihre Pflicht, das Recht zu finden, verstoßen haben, können vor den Dienstrichter gezogen werden,“ scheine zu weit zu gehen. Eine objektive Abgrenzung sei notwendig, da sonst jeder, der unrecht bekomme, sich darauf berufe und einen Richter vor den Dienstrichter zu zitieren züruche. Der Redner sagt gegenüber den vertriebenen vorkommenden werten Entgegenkommen zu, es sei aber bei dem strengen Entschlossenheit dringend geboten, die Abgrenzung einer Bewährungsprobe vor Anstellung zu verlangen. Die Justizverwaltung werde alles tun, die Verfassung und die Unabhängigkeit der Richter zu wahren.

Abgeordneter Schredde (KPD) namens seiner Partei den Vorwurf der denunziatorischen Pressearbeit zurück. Die Abstimmung über Artikel 86 wird zunächst ausgesetzt. Es wird sodann Unter-

## Interessantes in Kürze

Berlin, 20. Oktober werden, wie das sowjetische Nachrichtenbüro mittelt, in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands Land- u. Kreiswahlen stattfinden.

## Kein bayerischer Staatspräsident

München, 20. Sept. (dona) Ein von Dr. Hausmann er. CSU, im Namen seiner Fraktion eingebrachter Antrag auf Wiedereinführung des vierten Abschnittes des ersten Hauptteils „Der Staatspräsident“ in die bayerische Verfassung wurde in der Freisitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung am 17. Sept. mit 87 gegen 81 Stimmen bei zwei Stimmenthalten abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten die KPD, FDP, WAV, SPD und ein Teil der CSU. Ministerpräsident Hözner (SPD) und sein Stellvertreter, Staatsminister Seifried, Fendt und Rohlfing beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Damit ist der Verfassungsentwurf gestrichen.

## Antliches Endergebnis der Wahlen in der britischen Zone

Hamburg, 20. Sept. (dona) Die endgültigen Ergebnisse der Gemeindevahlen in der britischen Zone Deutschlands wurden Mittwoch offiziell bekanntgegeben, nachdem bisher nur inoffizielle Zahlen vorliegen.

Gleichzeitig mit den Gemeindevahlen wurden im Lande Nordrhein-Westfalen die Vertreter der Ämter gewählt. Die Ergebnisse dieser Wahlen werden getrennt aufgeführt.

Gemeindevahlen: Unabhängige: 2 649 179 Stimmen; CDU: 6 637 664; Stimmen; SPD: 6 379 136; Stimmen; NLP: 1 101 518; Stimmen; FDP: 584 753; Stimmen; FDP: 712 220; Stimmen; KPD: 1 015 556; Stimmen; DRP: 19 012; Stimmen; Rhein. V.P.: 1 857; Stimmen. Insges. 19 100 895 Stimmen.

Sitzeverteilung: Unabhängige 23 870; CDU: 19 129; SPD: 17 122; NLP: 3 044; FDP: Zentrum: 1 706; KPD: 1 626; DRP: 718; Rhein. V.P.: 23; Rhein. V.P.: 0; Sitze. Insgesamt 69 238 Sitze.

Ämterwahlen in Nordrhein-Westfalen: CDU: 2 017 852; Stimmen; SPD: 1 157 726; Stimmen; Unabhängige: 257 272; Stimmen; KPD: 256 000; Stimmen; Zentrum: 206 498; Stimmen; FDP: 73 414; Stimmen. Insgesamt: 3 968 762 Stimmen.

Sitze-Verteilung: CDU: 3 395; SPD: 1 038; KPD: 68; FDP: 45; Sitze. Insgesamt 336 Sitze. Rund 75 Prozent der annähernd 6 700 000 stimmberechtigten Wähler haben ihre Stimme ab-

## Frankfurt. Einheiten der amerikanischen Armee

haben nach Mitteilung der Erziehungsstellen des amerikanischen Hauptquartiers auf ihr Erzieherinnen-Genehmigung erhalten, gemeinsam mit deutschen Kindern Weihnachtsabzählchen abzuhalten.

Kassel. Der Gründer des „Christlichen Landvolkes“, Landwirt Heinrich Fenchel, Oberbürgermeister bei Gießen, ist, wie die „Hessischen Nachrichten“ am Mittwoch berichteten, von der amerikanischen Militärpolizei verhaftet worden, weil er sich geweigert hätte, Ausgewiesene aus dem Osten auf seinem Hof aufzunehmen.

Köln. Katholische Geistliche dürfen sich aktiv parteipolitisch betätigen und zu „ernannten Beiräten“ gewählt werden, heißt es in einer Erklärung des Kirchlichen Anzeigers der Erzdiözese Köln.

## Wiesbaden. Die polnische Militärregierung

forderte den Kontrollrat auf, die Wiederholung von Angriffen gegen einen alliierten Staat, wie durch die Weiderrabe der bewußten Rede erfolgt seien, unzulässig zu machen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

## Appell McNareys an die Verschleppten

Berlin, 20. Sept. (dona) General Joseph T. McNarey, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, appellierte an die 400 000 in der US-Zone lebenden nichtdeutschen verschleppten Personen, sich in Anbetracht der schwierigen Auswanderungsmöglichkeiten die Rückkehr in ihre Heimatländer noch einmal gründlich zu überlegen, zumal es für die Ver. Staaten offenbar unmöglich sei, die Sammelstellen und Lager für unbegrenzte Zeit aufrecht zu erhalten. Eine Auswanderung nach den Ländern der westlichen Hemisphäre sei durch die dort bestehenden Quoten auf bestimmte Quoten begrenzt, und ihre Erhöhung sei sehr ungewiß, sagte der General.

## Amruf an die belg. Staatsangehörigen

Es wird hiermit allen belgischen Staatsangehörigen, die nach dem Mai 1940 nach Deutschland kamen, bekanntgegeben, daß die belgischen Verbindungs-Offiziere für die Heimkehr nach dem 30. September 1946 nicht mehr ihre Anzeleinstellungen annehmen können. Es wird ihnen geraten, sich mit einer der belgischen Verbindungsstellen in Verbindung zu setzen.

Heidelberghof, 3rd Arm: Wiesbaden, Paulinenstraße 5; HO 39th Inf.Regt., München: Heilbronn, Priesterwald-Kaserne DP Camp.

## Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland

Berlin, 20. Sept. (dona) General Clay unterzeichnete am 19. d. M. das ihm vom Länderminister Dr. Giese zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform, das nun an die drei Länder der amer. Zone zur Annahme und Durchführung weitergeleitet wird.

Das neue Gesetz, nach dem hauptsächlich Grundbesitz von hundert Hektar oder mehr in Anspruch genommen werden soll, betrifft unzweifelhaft 47 aller in Privathand befindlichen Ländereien in der amer. Zone. Man schätzt, daß es ungefähr 290 000 Hektar Land zur Neuverteilung verfügbar machen wird, wovon etwa 44 000 Hektar auf Besitz der früheren deutschen Armee und Luftwaffe und 10 000 auf Besitz der früheren Nazipartei kommen würden.

Zweck dieses Gesetzes ist es, Land für Kleinsiedler und Gartenbau für Ausgewiesene und Evakuierte und für andere durch den Krieg wurdlos geworden Leute zu beschaffen. Das Gesetz soll ferner Land für die Vergrößerung kleinbäuerlicher Betriebe und für bäuerliche Neusiedlungen sowie für eine Flurbereinigung verfügbar machen.

Die Durchführung des neuen Gesetzes ist die Aufgabe der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der verschiedenen Länder in der amerikanischen Zone. Zur Durchführung sind zwei Arbeitsstellen in Aussicht genommen: Regierungsstellen für die Durchführung der drei Länder Siedlungsgesellschaften, die von den neuen Siedlern zu bilden sind.

Die neuen Siedler werden anfänglich nur Pächter sein und erst wenn sie im Laufe von drei Jahren ihre landwirtschaftlichen Fähigkeiten bewiesen haben, können sie das Land kaufen.

## Amruf an die belg. Staatsangehörigen

Es wird hiermit allen belgischen Staatsangehörigen, die nach dem Mai 1940 nach Deutschland kamen, bekanntgegeben, daß die belgischen Verbindungs-Offiziere für die Heimkehr nach dem 30. September 1946 nicht mehr ihre Anzeleinstellungen annehmen können. Es wird ihnen geraten, sich mit einer der belgischen Verbindungsstellen in Verbindung zu setzen.

Heidelberghof, 3rd Arm: Wiesbaden, Paulinenstraße 5; HO 39th Inf.Regt., München: Heilbronn, Priesterwald-Kaserne DP Camp.

## Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland

Berlin, 20. Sept. (dona) General Clay unterzeichnete am 19. d. M. das ihm vom Länderminister Dr. Giese zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform, das nun an die drei Länder der amer. Zone zur Annahme und Durchführung weitergeleitet wird.

Das neue Gesetz, nach dem hauptsächlich Grundbesitz von hundert Hektar oder mehr in Anspruch genommen werden soll, betrifft unzweifelhaft 47 aller in Privathand befindlichen Ländereien in der amer. Zone. Man schätzt, daß es ungefähr 290 000 Hektar Land zur Neuverteilung verfügbar machen wird, wovon etwa 44 000 Hektar auf Besitz der früheren deutschen Armee und Luftwaffe und 10 000 auf Besitz der früheren Nazipartei kommen würden.

Zweck dieses Gesetzes ist es, Land für Kleinsiedler und Gartenbau für Ausgewiesene und Evakuierte und für andere durch den Krieg wurdlos geworden Leute zu beschaffen. Das Gesetz soll ferner Land für die Vergrößerung kleinbäuerlicher Betriebe und für bäuerliche Neusiedlungen sowie für eine Flurbereinigung verfügbar machen.

Die Durchführung des neuen Gesetzes ist die Aufgabe der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der verschiedenen Länder in der amerikanischen Zone. Zur Durchführung sind zwei Arbeitsstellen in Aussicht genommen: Regierungsstellen für die Durchführung der drei Länder Siedlungsgesellschaften, die von den neuen Siedlern zu bilden sind.

Die neuen Siedler werden anfänglich nur Pächter sein und erst wenn sie im Laufe von drei Jahren ihre landwirtschaftlichen Fähigkeiten bewiesen haben, können sie das Land kaufen.

## Amruf an die belg. Staatsangehörigen

Es wird hiermit allen belgischen Staatsangehörigen, die nach dem Mai 1940 nach Deutschland kamen, bekanntgegeben, daß die belgischen Verbindungs-Offiziere für die Heimkehr nach dem 30. September 1946 nicht mehr ihre Anzeleinstellungen annehmen können. Es wird ihnen geraten, sich mit einer der belgischen Verbindungsstellen in Verbindung zu setzen.

Heidelberghof, 3rd Arm: Wiesbaden, Paulinenstraße 5; HO 39th Inf.Regt., München: Heilbronn, Priesterwald-Kaserne DP Camp.

## Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland

Berlin, 20. Sept. (dona) General Clay unterzeichnete am 19. d. M. das ihm vom Länderminister Dr. Giese zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform, das nun an die drei Länder der amer. Zone zur Annahme und Durchführung weitergeleitet wird.

Das neue Gesetz, nach dem hauptsächlich Grundbesitz von hundert Hektar oder mehr in Anspruch genommen werden soll, betrifft unzweifelhaft 47 aller in Privathand befindlichen Ländereien in der amer. Zone. Man schätzt, daß es ungefähr 290 000 Hektar Land zur Neuverteilung verfügbar machen wird, wovon etwa 44 000 Hektar auf Besitz der früheren deutschen Armee und Luftwaffe und 10 000 auf Besitz der früheren Nazipartei kommen würden.

Zweck dieses Gesetzes ist es, Land für Kleinsiedler und Gartenbau für Ausgewiesene und Evakuierte und für andere durch den Krieg wurdlos geworden Leute zu beschaffen. Das Gesetz soll ferner Land für die Vergrößerung kleinbäuerlicher Betriebe und für bäuerliche Neusiedlungen sowie für eine Flurbereinigung verfügbar machen.

Die Durchführung des neuen Gesetzes ist die Aufgabe der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der verschiedenen Länder in der amerikanischen Zone. Zur Durchführung sind zwei Arbeitsstellen in Aussicht genommen: Regierungsstellen für die Durchführung der drei Länder Siedlungsgesellschaften, die von den neuen Siedlern zu bilden sind.

Die neuen Siedler werden anfänglich nur Pächter sein und erst wenn sie im Laufe von drei Jahren ihre landwirtschaftlichen Fähigkeiten bewiesen haben, können sie das Land kaufen.

## Amruf an die belg. Staatsangehörigen

Es wird hiermit allen belgischen Staatsangehörigen, die nach dem Mai 1940 nach Deutschland kamen, bekanntgegeben, daß die belgischen Verbindungs-Offiziere für die Heimkehr nach dem 30. September 1946 nicht mehr ihre Anzeleinstellungen annehmen können. Es wird ihnen geraten, sich mit einer der belgischen Verbindungsstellen in Verbindung zu setzen.

Heidelberghof, 3rd Arm: Wiesbaden, Paulinenstraße 5; HO 39th Inf.Regt., München: Heilbronn, Priesterwald-Kaserne DP Camp.

## Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland

Berlin, 20. Sept. (dona) General Clay unterzeichnete am 19. d. M. das ihm vom Länderminister Dr. Giese zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform, das nun an die drei Länder der amer. Zone zur Annahme und Durchführung weitergeleitet wird.

Das neue Gesetz, nach dem hauptsächlich Grundbesitz von hundert Hektar oder mehr in Anspruch genommen werden soll, betrifft unzweifelhaft 47 aller in Privathand befindlichen Ländereien in der amer. Zone. Man schätzt, daß es ungefähr 290 000 Hektar Land zur Neuverteilung verfügbar machen wird, wovon etwa 44 000 Hektar auf Besitz der früheren deutschen Armee und Luftwaffe und 10 000 auf Besitz der früheren Nazipartei kommen würden.

Zweck dieses Gesetzes ist es, Land für Kleinsiedler und Gartenbau für Ausgewiesene und Evakuierte und für andere durch den Krieg wurdlos geworden Leute zu beschaffen. Das Gesetz soll ferner Land für die Vergrößerung kleinbäuerlicher Betriebe und für bäuerliche Neusiedlungen sowie für eine Flurbereinigung verfügbar machen.

Die Durchführung des neuen Gesetzes ist die Aufgabe der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der verschiedenen Länder in der amerikanischen Zone. Zur Durchführung sind zwei Arbeitsstellen in Aussicht genommen: Regierungsstellen für die Durchführung der drei Länder Siedlungsgesellschaften, die von den neuen Siedlern zu bilden sind.

Die neuen Siedler werden anfänglich nur Pächter sein und erst wenn sie im Laufe von drei Jahren ihre landwirtschaftlichen Fähigkeiten bewiesen haben, können sie das Land kaufen.

## Amruf an die belg. Staatsangehörigen

Es wird hiermit allen belgischen Staatsangehörigen, die nach dem Mai 1940 nach Deutschland kamen, bekanntgegeben, daß die belgischen Verbindungs-Offiziere für die Heimkehr nach dem 30. September 1946 nicht mehr ihre Anzeleinstellungen annehmen können. Es wird ihnen geraten, sich mit einer der belgischen Verbindungsstellen in Verbindung zu setzen.

Heidelberghof, 3rd Arm: Wiesbaden, Paulinenstraße 5; HO 39th Inf.Regt., München: Heilbronn, Priesterwald-Kaserne DP Camp.

## Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland

Berlin, 20. Sept. (dona) General Clay unterzeichnete am 19. d. M. das ihm vom Länderminister Dr. Giese zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform, das nun an die drei Länder der amer. Zone zur Annahme und Durchführung weitergeleitet wird.

Das neue Gesetz, nach dem hauptsächlich Grundbesitz von hundert Hektar oder mehr in Anspruch genommen werden soll, betrifft unzweifelhaft 47 aller in Privathand befindlichen Ländereien in der amer. Zone. Man schätzt, daß es ungefähr 290 000 Hektar Land zur Neuverteilung verfügbar machen wird, wovon etwa 44 000 Hektar auf Besitz der früheren deutschen Armee und Luftwaffe und 10 000 auf Besitz der früheren Nazipartei kommen würden.

Zweck dieses Gesetzes ist es, Land für Kleinsiedler und Gartenbau für Ausgewiesene und Evakuierte und für andere durch den Krieg wurdlos geworden Leute zu beschaffen. Das Gesetz soll ferner Land für die Vergrößerung kleinbäuerlicher Betriebe und für bäuerliche Neusiedlungen sowie für eine Flurbereinigung verfügbar machen.

Die Durchführung des neuen Gesetzes ist die Aufgabe der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der verschiedenen Länder in der amerikanischen Zone. Zur Durchführung sind zwei Arbeitsstellen in Aussicht genommen: Regierungsstellen für die Durchführung der drei Länder Siedlungsgesellschaften, die von den neuen Siedlern zu bilden sind.

Die neuen Siedler werden anfänglich nur Pächter sein und erst wenn sie im Laufe von drei Jahren ihre landwirtschaftlichen Fähigkeiten bewiesen haben, können sie das Land kaufen.

## Amruf an die belg. Staatsangehörigen

Es wird hiermit allen belgischen Staatsangehörigen, die nach dem Mai 1940 nach Deutschland kamen, bekanntgegeben, daß die belgischen Verbindungs-Offiziere für die Heimkehr nach dem 30. September 1946 nicht mehr ihre Anzeleinstellungen annehmen können. Es wird ihnen geraten, sich mit einer der belgischen Verbindungsstellen in Verbindung zu setzen.

Heidelberghof, 3rd Arm: Wiesbaden, Paulinenstraße 5; HO 39th Inf.Regt., München: Heilbronn, Priesterwald-Kaserne DP Camp.

## Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland

Berlin, 20. Sept. (dona) General Clay unterzeichnete am 19. d. M. das ihm vom Länderminister Dr. Giese zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform, das nun an die drei Länder der amer. Zone zur Annahme und Durchführung weitergeleitet wird.

Das neue Gesetz, nach dem hauptsächlich Grundbesitz von hundert Hektar oder mehr in Anspruch genommen werden soll, betrifft unzweifelhaft 47 aller in Privathand befindlichen Ländereien in der amer. Zone. Man schätzt, daß es ungefähr 290 000 Hektar Land zur Neuverteilung verfügbar machen wird, wovon etwa 44 000 Hektar auf Besitz der früheren deutschen Armee und Luftwaffe und 10 000 auf Besitz der früheren Nazipartei kommen würden.

Zweck dieses Gesetzes ist es, Land für Kleinsiedler und Gartenbau für Ausgewiesene und Evakuierte und für andere durch den Krieg wurdlos geworden Leute zu beschaffen. Das Gesetz soll ferner Land für die Vergrößerung kleinbäuerlicher Betriebe und für bäuerliche Neusiedlungen sowie für eine Flurbereinigung verfügbar machen.

Die Durchführung des neuen Gesetzes ist die Aufgabe der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der verschiedenen Länder in der amerikanischen Zone. Zur Durchführung sind zwei Arbeitsstellen in Aussicht genommen: Regierungsstellen für die Durchführung der drei Länder Siedlungsgesellschaften, die von den neuen Siedlern zu bilden sind.

Die neuen Siedler werden anfänglich nur Pächter sein und erst wenn sie im Laufe von drei Jahren ihre landwirtschaftlichen Fähigkeiten bewiesen haben, können sie das Land kaufen.

## Amruf an die belg. Staatsangehörigen

Es wird hiermit allen belgischen Staatsangehörigen, die nach dem Mai 1940 nach Deutschland kamen, bekanntgegeben, daß die belgischen Verbindungs-Offiziere für die Heimkehr nach dem 30. September 1946 nicht mehr ihre Anzeleinstellungen annehmen können. Es wird ihnen geraten, sich mit einer der belgischen Verbindungsstellen in Verbindung zu setzen.

Heidelberghof, 3rd Arm: Wiesbaden, Paulinenstraße 5; HO 39th Inf.Regt., München: Heilbronn, Priesterwald-Kaserne DP Camp.

## Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland

Berlin, 20. Sept. (dona) General Clay unterzeichnete am 19. d. M. das ihm vom Länderminister Dr. Giese zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform, das nun an die drei Länder der amer. Zone zur Annahme und Durchführung weitergeleitet wird.

Das neue Gesetz, nach dem hauptsächlich Grundbesitz von hundert Hektar oder mehr in Anspruch genommen werden soll, betrifft unzweifelhaft 47 aller in Privathand befindlichen Ländereien in der amer. Zone. Man schätzt, daß es ungefähr 290 000 Hektar Land zur Neuverteilung verfügbar machen wird, wovon etwa 44 000 Hektar auf Besitz der früheren deutschen Armee und Luftwaffe und 10 000 auf Besitz der früheren Nazipartei kommen würden.

Zweck dieses Gesetzes ist es, Land für Kleinsiedler und Gartenbau für Ausgewiesene und Evakuierte und für andere durch den Krieg wurdlos geworden Leute zu beschaffen. Das Gesetz soll ferner Land für die Vergrößerung kleinbäuerlicher Betriebe und für bäuerliche Neusiedlungen sowie für eine Flurbereinigung verfügbar machen.

Die Durchführung des neuen Gesetzes ist die Aufgabe der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der verschiedenen Länder in der amerikanischen Zone. Zur Durchführung sind zwei Arbeitsstellen in Aussicht genommen: Regierungsstellen für die Durchführung der drei Länder Siedlungsgesellschaften, die von den neuen Siedlern zu bilden sind.

Die neuen Siedler werden anfänglich nur Pächter sein und erst wenn sie im Laufe von drei Jahren ihre landwirtschaftlichen Fähigkeiten bewiesen haben, können sie das Land kaufen.

## Amruf an die belg. Staatsangehörigen

Es wird hiermit allen belgischen Staatsangehörigen, die nach dem Mai 1940 nach Deutschland kamen, bekanntgegeben, daß die belgischen Verbindungs-Offiziere für die Heimkehr nach dem 30. September 1946 nicht mehr ihre Anzeleinstellungen annehmen können. Es wird ihnen geraten, sich mit einer der belgischen Verbindungsstellen in Verbindung zu setzen.

Heidelberghof, 3rd Arm: Wiesbaden, Paulinenstraße 5; HO 39th Inf.Regt., München: Heilbronn, Priesterwald-Kaserne DP Camp.

## Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland

Berlin, 20. Sept. (dona) General Clay unterzeichnete am 19. d. M. das ihm vom Länderminister Dr. Giese zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform, das nun an die drei Länder der amer. Zone zur Annahme und Durchführung weitergeleitet wird.

Das neue Gesetz, nach dem hauptsächlich Grundbesitz von hundert Hektar oder mehr in Anspruch genommen werden soll, betrifft unzweifelhaft 47 aller in Privathand befindlichen Ländereien in der amer. Zone. Man schätzt, daß es ungefähr 290 000 Hektar Land zur Neuverteilung verfügbar machen wird, wovon etwa 44 000 Hektar auf Besitz der früheren deutschen Armee und Luftwaffe und 10 000 auf Besitz der früheren Nazipartei kommen würden.

Zweck dieses Gesetzes ist es, Land für Kleinsiedler und Gartenbau für Ausgewiesene und Evakuierte und für andere durch den Krieg wurdlos geworden Leute zu beschaffen. Das Gesetz soll ferner Land für die Vergrößerung kleinbäuerlicher Betriebe und für bäuerliche Neusiedlungen sowie für eine Flurbereinigung verfügbar machen.

Die Durchführung des neuen Gesetzes ist die Aufgabe der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der verschiedenen Länder in der amerikanischen Zone. Zur Durchführung sind zwei Arbeitsstellen in Aussicht genommen: Regierungsstellen für die Durchführung der drei Länder Siedlungsgesellschaften, die von den neuen Siedlern zu bilden sind.

Die neuen Siedler werden anfänglich nur Pächter sein und erst wenn sie im Laufe von drei Jahren ihre landwirtschaftlichen Fähigkeiten bewiesen haben, können sie das Land kaufen.

## Amruf an die belg. Staatsangehörigen

Es wird hiermit allen belgischen Staatsangehörigen, die nach dem Mai 1940 nach Deutschland kamen, bekanntgegeben, daß die belgischen Verbindungs-Offiziere für die Heimkehr nach dem 30. September 1946 nicht mehr ihre Anzeleinstellungen annehmen können. Es wird ihnen geraten, sich mit einer der belgischen Verbindungsstellen in Verbindung zu setzen.

Heidelberghof, 3rd Arm: Wiesbaden, Paulinenstraße 5; HO 39th Inf.Regt., München: Heilbronn, Priesterwald-Kaserne DP Camp.

## Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland

Berlin, 20. Sept. (dona) General Clay unterzeichnete am 19. d. M. das ihm vom Länderminister Dr. Giese zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform, das nun an die drei Länder der amer. Zone zur Annahme und Durchführung weitergeleitet wird.

Das neue Gesetz, nach dem hauptsächlich Grundbesitz von hundert Hektar oder mehr in Anspruch genommen werden soll, betrifft unzweifelhaft 47 aller in Privathand befindlichen Ländereien in der amer. Zone. Man schätzt, daß es ungefähr 290 000 Hektar Land zur Neuverteilung verfügbar machen wird, wovon etwa



